

Halteraner Signal

Offene Hochschulen gibt es nur mit mehr BAföG

**Aufruf der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der 8. GEW-Wissenschaftskonferenz
vom 8. bis 11. Oktober 2014 in Haltern am See**

Nie zuvor haben so viele junge Menschen studiert wie heute. Im vergangenen Jahr gab es erstmals mehr Studienanfängerinnen und Studienanfänger an Hochschulen als neue Auszubildende im dualen System. Hochschulbildung wird für die junge Generation zur Normalität – und zur Eintrittskarte für immer mehr Berufsfelder. Doch viele können sich ein Studium nach wie vor nicht leisten. Das darf so nicht bleiben.

Der Hochschulausbau muss politisch gestaltet werden: In keinem anderen Industrieland hängt der Bildungserfolg so eng mit der sozialen Herkunft zusammen wie in Deutschland. 77 Prozent aller Kinder aus Akademikerfamilien nehmen ein Studium auf, bei Nichtakademikerfamilien sind es nur 23 Prozent. Diese Zahlen sind seit Mitte der 1990er Jahre nahezu unverändert – obwohl sich die Studierendenzahlen in derselben Zeit fast verdoppelt haben. Wenn der Hochschulausbau mit mehr sozialer Durchlässigkeit und neuen Aufstiegschancen verbunden sein soll, muss die Politik die Rahmenbedingungen verändern. Dazu gehören ein massiver Ausbau der Hochschulen und ihrer sozialen Infrastruktur, die Öffnung der Hochschulen für beruflich Qualifizierte, der Verzicht auf Studiengebühren ohne Wenn und Aber, unterstützende und motivierende Studienbedingungen eine immer vielfältigere Studierendenschaft und nicht zuletzt eine grundlegende Reform des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG).

Keine weiteren Nullrunden: Die letzte BAföG-Erhöhung liegt bereits vier Jahre zurück, seitdem sind die Preise um mehr als sechs Prozent gestiegen. Mit ihrem Gesetzentwurf vom August 2014 hat die Bundesregierung zwei weitere Nullrunden angekündigt. Die Studierenden sind zu Recht empört: Zwei Generationen von Bachelor-Studierenden hätten dann die Hochschulen durchlaufen, ohne eine einzige Anpassung der Förderung an die gestiegenen Lebenshaltungskosten zu erleben. Eine BAföG-Erhöhung ist schon heute überfällig; sie wird jetzt gebraucht – nicht erst 2016!

Von BAföG muss man leben können: Damit Studierende von der Ausbildungsförderung ihren Lebensunterhalt finanzieren können und nicht nebenbei jobben müssen, sind die Fördersätze um mindestens zehn Prozent anzuheben. Für die Zukunft muss eine regelmäßige Anpassung an steigende Preise und wachsende Lebenshaltungskosten verbindlich im BAföG verankert werden.

BAföG muss wieder zur Breitenförderung werden: Nicht einmal jede fünfte Studentin und jeder fünfte Student bekommt heute überhaupt noch BAföG, die wenigsten erhalten den Förderhöchstsatz. Damit das BAföG seinen Anspruch erfüllen kann, alle zu unterstützen, die auf Förderung angewiesen sind, müssen die Freibeträge um mindestens zehn Prozent angehoben werden und in den kommenden Jahren weiter steigen. Erzieherinnen und Erzieher, die sich mit einem Hochschulstudium weiterqualifizieren wollen, müssen wie andere Absolventinnen und Absolventen einer beruflichen Ausbildung uneingeschränkt förderberechtigt werden.

Schülerinnen- und Schüler-BAföG wieder einführen: Eine entscheidende Hürde zur Hochschule ist der Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung. Der Weg zum Abitur bzw. zur Fachhochschulreife ist in Deutschland nach wie vor stark vom sozialen Hintergrund der Schülerinnen und Schüler abhängig. Die 1982 erfolgte faktische Abschaffung des BAföG für Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe II an allgemein bildenden Schulen bzw. an Fachoberschulen, die keine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzen, muss daher dringend rückgängig gemacht werden.

Schluss mit der Verschuldung: Wer auf BAföG angewiesen ist, steht am Ende eines Studiums mit einem Schuldenberg von bis zu 10.000 Euro da. Gerade Studienberechtigte aus finanzschwachen Elternhäusern, aber auch junge Frauen werden durch diese Aussicht von einem Hochschulstudium abgeschreckt. Um eine soziale Öffnung der Hochschulen zu erreichen, muss das BAföG deshalb wieder zum Vollzuschuss werden, der wie andere Sozialleistungen nicht zurückgezahlt werden muss.

Strukturreformen anpacken: Damit lebenslanges Lernen kein Thema von Sonntagsreden bleibt, muss die Altersgrenze im BAföG abgeschafft werden. Um Studienabbrüche zu vermeiden, sind Fachrichtungswechsel zu erleichtern. Bei der Förderdauer müssen besondere Lebenslagen von Studierenden stärker berücksichtigt werden und unter anderem Pflegeaufgaben sowie ehrenamtliches Engagement mehr Anerkennung finden. Langfristig bleibt die Weiterentwicklung des BAföG zu einem elternunabhängigen Studienhonorar das Ziel.

Die Bundesregierung muss nacharbeiten: Der vorliegende Gesetzentwurf zur Novellierung des BAföG wird den hochschulpolitischen Herausforderungen in keiner Weise gerecht. Studierendenverbände und Gewerkschaften machen sich gemeinsam im BAföG-Bündnis für eine echte Reform der Ausbildungsförderung stark. Wir rufen dazu auf, die Forderungen des BAföG-Bündnisses und Aktivitäten für eine bessere Ausbildungsförderung zu unterstützen.

Haltern am See, 11. Oktober 2014